



## **Wirtschaftsminister sieht Vorteile für frühzeitigen und glaubwürdigen Dialog**

In seiner Pressemitteilung von gestern stellt Wirtschaftsminister Voigtsberger fest, dass der Wirtschaftsstandort NRW am besten im frühzeitigen und glaubwürdigen Dialog mit allen Betroffenen zu sichern sei.

Das Ansinnen des Ministers, Betroffene bei Großprojekten **VORHER** zu beteiligen, ist lobenswert und sinnvoll, damit spätere Klagen erst gar nicht notwendig werden. Hoffentlich sieht dies seine tendenziell **flughafenfreundliche SPD-Fraktion** auch so und hoffentlich haben die **Beamten der Luftverkehrsabteilung** dies auch gelesen und vor allem verstanden, handelten sie doch bisher immer nach dem Grundsatz: "Minister kommen und gehen, die Ministerialbürokratie bleibt".

Der Minister sei deshalb noch einmal an folgende Fakten erinnert:

1. Der **Angerlandvergleich** ist laut Oberverwaltungsgericht Münster gültig, unkündbar und absichtlich nicht mit Anpassungsklauseln versehen. Daraus folgt, dass ein Projekt "Flughafen Düsseldorf" ausschließlich darin bestehen darf, nach Jahren der Versprechungen nunmehr umgehend eine **dauerhafte Nachtruhe und Regenerationszeit** für hunderttausende Anwohner durchzusetzen. Maßstab kann dafür nur sein, in wie vielen Nächten pro Jahr dies genehmigungskonform und nicht mit Tausenden von angeblich "ausnahmsweisen" Verspätungen gelungen ist. Anhang 3 zeigt dazu eine Statistik der BÜRGER GEGEN FLUGLÄRM, die mit Sicherheit bald vom Ministerium bestätigt wird. Darin wird deutlich, dass im vergangenen Jahr 2010 **nur 40 Nächte** so waren, wie Genehmigungen und Lärmschutzberechnungen dies vorsehen. Das Märchen von **325 angeblichen Ausnahmen** kann und will ohnehin keiner mehr glauben.
2. Ein **Großprojekt**, wie der **Ausbau des Stadt-Flughafens Düsseldorf**, hätte bereits mit einer breiten Beteiligung der Betroffenen durchgeführt werden müssen. Statt dessen wird es trickreich in unzählige Einzelschritte zerlegt, die für sich genommen angeblich nicht planfeststellungsbedürftig sind und die sich auch keiner Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unterziehen müssen. Es ist ja viel problemloser, die Einzelprojekte per Negativattest des Verkehrsministeriums oder - noch dreister wie beim Bau der Halle 7 und beim neuen Tanklager - vom Anteilseigner Stadt Düsseldorf selbst durchwinken zu lassen. Das erste Planfeststellungsverfahren seit 1983, das jetzt für den Ausbau des Vorfelds West erfolgte, wurde (trotz Sinneswandel bei Minister Voigtsberger) **OHNE jedwede Beteiligung** der Anliegergemeinden wie z. B. Ratingen oder Meerbusch durchgeführt. Zudem wurde eine summarische UVP vermieden und die Steigerung des Bodenlärms in der Nacht über acht Stunden verteilt und damit kleingerechnet. Auch werden ganze Straßenzüge in Düsseldorf-Unterrath, die in direkter Nähe des Flughafens liegen, überhaupt nicht betrachtet. Man hat sie wohl - auch im Zusammenhang mit der Tanklager-Erweiterung - einfach "vergessen".

Bleibt nur noch die Frage, wie der **Minister** jetzt das verloren gegangene Vertrauen zurückgewinnen will. Schließlich hat man die Anwohner rund um den Stadt-Flughafen Düsseldorf in der Vergangenheit stets mit den vorgenannten perfiden Strategien belogen und betrogen, und das wohl auch mit **Kenntnis des Ministeriums**. In diesem Kontext ist es dann auch nicht mehr erstaunlich, dass der Minister von einem „**glaubwürdigen**“ und nicht von einem **ehrlichen** Dialog spricht.

**Pressemitteilung vom 08.02.2011 | 14:26**

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MWEBWV NRW)

**Voigtsberger: „Den Wirtschaftsstandort NRW sichern wir am besten im frühzeitigen und glaubwürdigen Dialog mit allen Betroffenen.“**

Düsseldorf. „Am Ende einer breiten und ergebnisoffenen Beteiligung kommt man auch zu breiter Akzeptanz für wichtige Infrastruktur- und Industrieprojekte“, erklärte Wirtschaftsminister Harry K. Voigtsberger auf dem Wirtschaftsgespräch 2011 am Montag (7. Februar) vor rund 400 Gästen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und Politik im Düsseldorfer Meilenwerk. Eine frühzeitige Beteiligung auch der Kritiker verringere „nicht nur die Widerstände gegen neue Produkte und Projekte, sondern auch deren Kosten.“

In der Podiumsdiskussion verwies Lars Castellucci, Projektleiter Bürgerbeteiligung und Dialogverfahren der IFOK GmbH, darauf, dass ernsthafter Dialog Vertrauen voraussetzt. Prof. Dr. Christoph Schmidt, Präsident des Rheinisch-Westfälischen Industrieforschungsinstituts RWI, machte deutlich, dass es entscheidend auf das Konzept von Wirtschaftspolitik ankomme: Ob der Staat mehr steuern oder Rahmenbedingungen für Wachstum setzen wolle. Für Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Leiter des Wuppertal-Instituts, geht Voigtsberger in die richtige Richtung: „So wie Ingenieure Prototypen brauchen, muss Politik für soziale Innovationen Experimentierräume eröffnen und Beteiligungschancen bieten. Die Bürgerinnen und Bürger sind reif dafür. Sie sind nicht aufmüpfige, sondern mündige Bürger.“

Natürlich, so Voigtsberger, entschieden in der Demokratie am Ende immer noch Parlamente und kommunale Räte. „Aber alle Anzeichen deuten darauf hin, dass eine Ergänzung durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie eben nicht ins Chaos führt.“

Der Minister gab sich überzeugt, dass dialogische Verfahren, die nicht nach, sondern parallel zu den formalen Verfahren ablaufen, die Prozesse eher beschleunigen und die Chancen für geeignete Lösungen verbessern.

Im Frühjahr will der Minister auf einem Kongress zur dialogorientierten Industrie- und Wirtschaftspolitik vorstellen, wie er seine politische Leitlinie systematisch umsetzen will. Als bisherige Beispiele nannte er u. a. die fraktionsübergreifenden Initiativen bei der Steinkohle und den Kommunal финанzen, den transparenten Umgang mit dem Thema unkonventionelle Erdgasförderung, den Gipfel zur Wintermobilität sowie die laufenden Dialoge mit Konversionsgemeinden und Mittelständlern.

Ansprechpartner Presse und Öffentlichkeitsarbeit  
Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Jürgensplatz 1, 40219 Düsseldorf

Telefon: (0211) 3843-1022

Fax: (0211) 3843-9005

Düsseldorf - Veröffentlicht von pressrelations

Link zur Pressemitteilung: <http://www.pressrelations.de/new/standard/dereferer.cfm?r=440932>

reich und nicht zuletzt der DB AG rund um das Rad sind hierfür eine exzellente Ausgangsbasis.

Angesichts der mit der zunehmenden Verkehrsleistung einhergehenden wachsenden Lärmbeeinträchtigungen der Bürgerinnen und Bürger in unserem dicht besiedelten Land suchen wir verstärkt nach Lösungen für diese ungewünschte Nebenwirkung der Mobilität.

Auch dieses Thema werden wir im Rahmen des bereits genannten Mobilitätskongresses gezielt verfolgen.

Dabei gibt es äußerst interessante technische Lösungen wie zum Beispiel den Flüsterasphalt, Lärmschutzwände oder geräuscharme Fahrzeugdrehgestelle, die aber immer auch mit entsprechenden Investitionen verbunden sind.

Für sinnvoller halten wir es, den Verkehrslärm an der Quelle gar nicht erst entstehen zu lassen, als ihn später durch technische Maßnahmen zu absorbieren. Ich habe mich in einem Telefonat mit Herrn Dr. Grube darüber beklagt, dass ein ICE mehr oder weniger über die Gleise dahinsummt, während ein Güterzug mit einem unheimlichen Gerappel und Geklapper über die Schienen donnert. Insofern muss man sich nicht wundern, dass sich Menschen dagegen wenden, wenn in der Nähe ihrer Wohngebiete neue Güterverkehrswege entstehen sollen. Hier hat es die Bahn selbst in der Hand, das alles akzeptabler zu machen. Am besten ist also, erst gar nicht den Verkehr entstehen zu lassen.

Hier wird die Landesregierung im engen Dialog mit allen Betroffenen geeignete Maßnahmen prüfen und ergreifen, um einen möglichst optimalen Ausgleich dieser Interessen herbeizuführen.

Dazu gehört aus Sicht dieser Landesregierung zum Beispiel die systematische Verringerung des Fluglärms bei Tag und vor allem in der Nacht, inklusive der Einführung einer Kernruhezeit von 23 bis 6 Uhr und eines Passagiernachtflugverbots zwischen 0 und 5 Uhr am Flughafen Köln/Bonn.

Ein tendenziell umweltfreundlicherer Verkehrsweg ist das Wasser. Die Kanäle und Häfen von NRW eignen sich hervorragend, den Güterverkehr aus den sogenannten ARA-Häfen – Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen – aufzunehmen. Wir werden den Bestand der Wasserstraßen und die Häfen pflegen und ausbauen. Das Hafensicherheitskonzept wird von uns überarbeitet und praxistauglich neu gestaltet.

Die Landesregierung ist sich bewusst, dass gerade im Verkehrsbereich vielfältige Interessengegensätze bestehen, die trotz aller Bemühungen nie optimal auszutariieren sind.

Um so mehr ist es mein Ziel, dass mein Haus für alle Interessengruppen ein offenes Ohr hat und einen fairen Dialog pflegt, ehe man sich letztlich in endlosen Gerichtsverfahren verstreitet. Denn nur in einem weitgehenden gesellschaftlichen Konsens ist eine effektive und nachhaltige Verkehrspolitik für unser Land zu entwickeln.

## Anzahl Tage mit Verspätungen > 23 Uhr

